Entscheidung
In dem Parteiordnungsverfahren
6/2009/P

auf Antrag des

1. des
dieser vertreten durch den Vorsitzenden
2. des
vertreten durch seinen Vorstand, dieser vertreten durch den Vorsitzenden

- Antragsteller und Berufungsgegner -

gegen

hat die Bundesschiedskommission am 12. April 2010 unter Mitwirkung von

Hannelore Kohl, Vorsitzende
Werner Ballhausen, Stellvertretender Vorsitzender,
Prof. Dr. Roland Rixecker, Stellvertretender Vorsitzender,

beschlossen:

1. Die Entscheidungen der Schiedskommissionen des Unterbezirks ... vom 7. September 2009 und des Bezirks ... vom 5. November 2009 werden abgeändert.
2. Unter Einbeziehung der auf den Antrag des Bezirks ... hin ergangenen Entscheidungen der Schiedskommission des Unterbezirks ... vom 7. September 2009 wird der Antragsgegnerin eine Rüge erteilt.
3. Die Beteiligten tragen die ihnen in dem Parteiordnungsverfahren entstandenen Kosten selbst.

Gründe:

A.

Die Antragsgegnerin ist seit August 19xx Mitglied der SPD. In der Legislaturperiode 2003-2008 war sie Mitglied des Landtags von ... Bei den Wahlen zum Landtag von ... am 27. Januar 2008 kandidierte sie für die SPD und gewann den Wahlkreis xx mit deutlichem Stimmenvorsprung. Während des Wahlkampfes hatten maßgebliche Politikerinnen und

Politiker der SPD hervorgehoben, nach den Wahlen keine politische Zusammenarbeit mit der Partei zu suchen.

Aufgrund des Ergebnisses der Wahlen war eine allein von den Fraktionen der SPD und der Partei "Bündnis 90/Die Grünen" getragene Regierungsbildung nur möglich, wenn sie von der Fraktion der Partei toleriert wurde. Daraufhin beschlossen die zuständigen Gremien der SPD, mit der Partei Gespräche über eine Duldung zu beginnen. In einer Probeabstimmung in der Fraktion der SPD im Landtag von ... stimmte die Antragsgegnerin dieser beabsichtigten Verfahrensweise zu. Ein außerordentlicher Parteitag des Landesverbandes der SPD am 4. Oktober 2008 billigte solche Gespräche. An diesem außerordentlichen Parteitag nahm die Antragsgegnerin teil. Die einzige der Aufnahme von Verhandlungen mit der Partei widersprechende Stimme stammte nicht von der Antragsgegnerin. Nach dem Abschluss von Koalitionsverhandlungen zwischen der SPD und der Partei "Bündnis 90/Die Grünen" nahm der ordentliche Parteitag des Landesverbandes vom 1. November 2008 zur Kenntnis, dass die Partei der SPD zugesagt hatte, bei der Wahl der Ministerpräsidentin für die Kandidatin der SPD zu stimmen.

In der nach den Wahlen zum 17. Landtag von ... am 27. Januar 2008 entstandenen innerparteilichen und öffentlichen Diskussion hatte eine Abgeordnete der Fraktion der SPD, die Abgeordnete ... von Beginn an erklärt, sie werde einer nur mit Duldung der Partei möglichen Regierungsbildung in ... nicht zustimmen. Die Antragsgegnerin hatte demgegenüber nicht erkennen lassen, dass sie sich gleichermaßen verhalten würde. Nach eigenen Angaben war sie allerdings bereits im Sommer 2008 dazu entschlossen. In einer Pressekonferenz am 3. November 2008, dem Tag vor der Sitzung des Landtags von ..., auf deren Tagesordnung die Wahl der Ministerpräsidentin/des Ministerpräsidenten stand, teilte die Antragsgegnerin zusammen mit drei weiteren Mitgliedern der Fraktion der SPD im Landtag von ..., darunter die Abgeordnete ... mit, sie werde am folgenden Tag nicht für die Kandidatin der SPD stimmen. Die dieser Wahl zu Grunde liegende Absprache mit der Partei widerspreche den vor den Wahlen zum Landtag von ... abgegebenen Erklärungen der SPD gegenüber den Wählerinnen und Wählern.

Daraufhin wurde die Wahl für das Amt der Ministerpräsidentin/des Ministerpräsidenten abgesetzt. Der Landtag von ... wurde aufgelöst. Bei den Neuwahlen am 18. Januar 2009 erlitt die SPD ganz erhebliche Stimmenverluste.

In der folgenden Zeit wurden gegen die Antragsgegnerin und zwei andere Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Pressekonferenz vom 3. November 2008 Parteiordnungsverfahren auf Antrag von 12 Ortsvereinen - darunter der Antragsteller zu 1. - und des Bezirks ... der ... SPD eingeleitet. Die Schiedskommission des Unterbezirks ... bat die einen Antrag stellenden Gliederungen, darunter den Antragsgegner zu 1., ihre Anträge im Hinblick auf eine beabsichtigte Entscheidung über den Antrag des Bezirks ... "ruhen" zu lassen. Der Antragsteller zu 1. erklärte sich damit widerruflich einverstanden und teilte mit, er werde das Parteiordnungsverfahren auf seinen Antrag hin je nach dem Ergebnis der auf den Antrag des Bezirks hin ergehenden Entscheidung weiter betreiben. Ein Ortsverein nahm seinen Antrag zurück. Die Anträge von weiteren 8 Ortsvereinen wies die Schiedskommission des Unterbezirks ... aus formellen Gründen zurück.

Zwischen dem Bezirk ... und der Antragsgegnerin wurde im April 2009 eine gütliche Einigung im Sinne des § 10 der SchiedsO getroffen, nach der die Antragsgegnerin eine Rüge ihres Verhaltens annimmt und das Parteiordnungsverfahren damit erledigt ist. Daraufhin erklärten zwei weitere Ortsvereine ihre Anträge als erledigt. Die Schiedskommission des Unterbezirks ... entschied daraufhin am 7. Mai 2009, der Antragsgegnerin auf Antrag des Bezirks ... eine Rüge zu erteilen.

Danach griff der Antragsteller zu 1. seinen Antrag wieder auf. Die Schiedskommission des Unterbezirks ... Die beschloss daraufhin am 11. Juni 2009, diesen auf den Ausschluss der Antragsgegnerin aus der SPD gerichteten Antrag zurückzuweisen. Gegen die ihm am 25. Juni 2009 zugestellte Entscheidung wandte sich der Antragsteller zu 1. mit seiner Berufung an die Schiedskommission des Bezirks ... Diese befand mit einem Beschluss vom 5. November 2009, der Antragsgegnerin zugestellt am 20. November 2009, das Verhalten der Antragsgegnerin sei mit einer Rüge nicht angemessen sanktioniert, und entschied ohne erkennbare Beteiligung anderer Gliederungen:

„Unter Aufhebung der Entscheidungen der Schiedskommission des Unterbezirks ... vom 7. Mai und vom 11. Juni 2009 wird das Ruhen der Rechte aus der Mitgliedschaft der Antragsgegnerin für die Dauer von 18 Monaten angeordnet mit der Einschränkung, dass sie ihr Stimm- und Antragsrecht in der Mitgliederversammlung ihres Ortsvereins wahrnehmen kann.“

Dagegen wendet sich die Antragsgegnerin mit ihrer am 1. Dezember 2009 eingegangenen und am 17. Dezember 2009 begründeten Berufung an die Bundesschiedskommission. Zur Begründung führte sie unter anderem aus, die angefochtene Entscheidung würdige weder die zu ihrer Meinungsbildung führende politische Entwicklung in ... vor und nach den Wahlen zum 17. Landtag von... noch das ihr zustehende freie Mandat.

Der Antragsteller zu 1. hält die Berufung zur Bundesschiedskommission für unzulässig und die Argumente der Antragsgegnerin nicht für tragfähig.

Die Bundesschiedskommission hat am 22. Februar 2010 eine mündliche Verhandlung durchgeführt, in deren Verlauf vorrangig Verfahrensfragen erörtert wurden. Im Anschluss haben die Beteiligten, nachdem Ihnen eine Frist zur abschließenden Stellungnahme eingeräumt wurde, übereinstimmend auf weitere mündliche Verhandlung verzichtet.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den gesamten Inhalt der Akten verwiesen, die Gegenstand der Beratung waren.

B.

I.

Die ordnungsgemäß eingelegte und begründete (§ 25 Abs. 2 SchiedsO) Berufung der Antragsgegnerin zur Bundesschiedskommission, über die im Einverständnis mit den Beteiligten ohne weitere mündliche Verhandlung im schriftlichen Verfahren entschieden worden ist, ist zulässig.

1.

Zwar bestimmt § 26 Abs. 2 SchiedsO, dass gegen Berufungsentscheidungen der Bezirksschiedskommission in Parteiordnungsverfahren die Berufung zur Bundesschiedskommission nur statthaft ist, wenn - abgesehen von den Fällen des Ausschlusses aus der Partei - auf das zeitweilige Ruhen aller Rechte aus der Mitgliedschaft oder die zeitweilige Aberkennung des Rechts zur Bekleidung aller Funktionen erkannt worden ist.

Die Entscheidung der Bezirksschiedskommission vom 5. November 2009 hat der Antragsgegnerin nicht "alle Rechte aus der Mitgliedschaft" entzogen sondern ihr das Antrags- und Stimmrecht in ihrem Ortsverein belassen. Ob es aus Gründen des Schutzes eines

Mitglieds vor einer Beschneidung seiner Rechtsstellung in einem Parteiordnungsverfahren geboten ist, § 26 Abs. 2 SchiedsO dahin auszulegen, dass die weitere Berufung zur Bundesschiedskommission nur dann ausgeschlossen ist, wenn dem Mitglied ins Gewicht fallende Rechte aus der Mitgliedschaft verbleiben, und ob das Antrags- und Stimmrecht in seinem Ortsverein ein solches ins Gewicht fallendes Recht darstellt, kann dahinstehen.

Denn § 26 Abs. 2 SchiedsO schließt die Berufung zur Bundesschiedskommission nicht aus, wenn die Bezirksschiedskommission das Recht zur Bekleidung aller Funktionen der Partei zeitweilig aberkannt hat. Das Recht zur Bekleidung von Funktionen der Partei (im Sinne des § 11 OrgStatut) ist aber gleichfalls ein Recht, das - originär und nur - aus der Mitgliedschaft folgt. Nur wer Mitglied der Partei ist, kann in ein Parteiamt allein kraft seiner Mitgliedschaft gewählt werden und darf es ausüben. Nicht- oder Gastmitglieder bedürfen, falls ihnen ein solches Recht überhaupt zusteht, dazu einer besonderen Gestattung. Zwar lässt das bürgerliche Organisationsrecht - abgesehen vom Genossenschaftsrecht - grundsätzlich zu, dass in das Organ eines Vereins auch Nichtmitglieder gewählt werden. Das gilt aber nur, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt. Das OrgStatut der SPD beschränkt indessen die Wählbarkeit von Nichtmitgliedern in § 10a auf ihre Wählbarkeit in Projektgruppen. Daraus folgt, dass die Wählbarkeit in alle regulären Funktionen der SPD die Mitgliedschaft voraussetzt.

Wird also das zeitweilige Ruhen aller Rechte aus der Mitgliedschaft mit Ausnahme des Antrags- und Stimmrechts in dem Ortsverein des Mitglieds angeordnet, so wird damit - anders als der Antragsteller zu 1. meint - inzident auch das Recht zur Bekleidung aller Funktionen der Partei zeitweilig aberkannt und ist folgerichtig in einem Parteiordnungsverfahren der Rechtsmittelzug bis zur Bundesschiedskommission eröffnet. Die Rechtsauffassung des Antragstellers zu 1., nach der unter dem der Antragsgegnerin belassenen "Stimmrecht" auch das "passive Wahlrecht" zu verstehen ist, wird weder dem Begriff des Stimmrechts, das einhellig als das Recht zur aktiven Teilhabe an Wahlen und Abstimmungen verstanden wird, noch dem Sinn des § 26 Abs. 2 SchiedsO gerecht. Das allein entspricht auch einer verständigen Auslegung der angegriffenen Entscheidung der Bezirksschiedskommission. Es wäre widersinnig, wäre sie dahin zu verstehen, dass der Antragsgegnerin zwar alle "aktiven" Mitgliedschaftsrechte bis auf das Antrags- und Stimmrecht in ihrem Ortsverein vorübergehend entzogen, ihr jedoch alle "passiven" einschließlich der die Partei repräsentierenden Funktionen des Vorsitzes von Gliederungen

belassen werden sollten.

2.

Die Verfahrensbeteiligten sind in dem Verfahren vor der Bundesschiedskommission ordnungsgemäß vertreten.

Dem Antrag des Antragstellers zu 1., den Verfahrensbevollmächtigten der Antragsgegnerin, der selbst Parteimitglied ist, vom Verfahren auszuschließen, ist nicht zu entsprechen, weil die Voraussetzungen des § 16 Abs. 3 SchiedsO - der den Vorschriften zur "Sitzungspolizei" des GVG entsprechend Gefährdungen des ordnungsgemäßen Ablaufs einer Verhandlung abwehren soll - nicht vorliegen. § 16 Abs. 3 SchiedsO gewährt keine Befugnis, eine Verletzung der Verschwiegenheitspflicht, die § 17 Abs. 1 SchiedsO statuiert, zu sanktionieren. Dass die von dem Antragsteller zu 1. zu Recht beanstandeten Umstände (Pressekontakte nach der mündlichen Verhandlung am 22. Februar 2010) nicht geeignet gewesen sind, die besonderen Loyalitätserfordernisse eines innerparteilichen schiedsgerichtlichen Verfahrens zu erfüllen, liegt indessen auf der Hand.

Auch der Antragsteller zu 1. führt das Berufungsverfahren zulässigerweise. Zwar ermächtigt dessen Satzung den Vorsitzenden seines Vorstands nur dazu, den "Verein in allen Rechtsgeschäften" zu vertreten. Die Führung eines Parteiordnungsverfahrens ist indessen kein Rechtsgeschäft. Ob eine dazu ermächtigende ordnungsgemäße Beschlussfassung der Mitgliederversammlung des Antragstellers zu 1. vorliegt - deren Fehlen die Antragsgegnerin gerügt hat-, kann indessen dahinstehen, weil § 4 Nr. 3 der Satzung seinem Sinn und Zweck nach dahin ausgelegt werden kann, dass der Vorsitzende des Vorstands den Antragsteller zu 1. in allen dessen Rechte und Pflichten betreffenden Angelegenheiten vertreten darf.

II.

Auf die Berufung der Antragsgegnerin hin ist - unter Abänderung der Entscheidung der Bezirksschiedskommission vom 5. November 2009 und der Entscheidung der Schiedskommission des Unterbezirks ... vom 11. Juni 2009 der Antragsgegnerin - unter Einbeziehung der Entscheidung der Schiedskommission des Unterbezirks ... vom 7. Mai 2009 eine Rüge zu erteilen.

1.

Den abgeänderten Entscheidungen kann schon aus verfahrensrechtlichen Gründen nicht gefolgt werden.

Die Schiedskommission des Unterbezirks ... hat zwar zutreffend, in jeder Hinsicht sachgerecht und sorgfältig das auf den Antrag verschiedener Gliederungen der SPD hin eingeleitete Parteiordnungsverfahren bis zu ihrer Entscheidung vom 7. Mai 2009 geführt, danach jedoch in Bezug auf den wieder aufgegriffenen Antrag des Antragstellers zu 1. hin übersehen, dass aus Rechtsgründen wegen ein und derselben Verletzung von Pflichten aus der Mitgliedschaft - also wegen ein- und desselben parteischädigenden Verhaltens - von vornherein nicht auf Antrag unterschiedlicher Gliederungen unterschiedliche Sanktionen verhängt werden können. Die Schiedskommission des Bezirks ..., die dies gleichfalls im Ansatz erkannt hat - sie hat in dem Tenor ihrer Entscheidung auch den Beschluss der Schiedskommission des Unterbezirks ... vom 7. Mai 2009 abgeändert - hat die an dieser Entscheidung Beteiligten, insbesondere den Bezirk ... zu ihrem Verfahren nicht hinzugezogen.

Parteiordnungsverfahren dienen der gesetzlich zugelassenen (§ 10 Abs. 3 Nr. 1 PartG) disziplinarischen Regelung des Mitgliedschaftsverhältnisses in Fällen, in denen das Mitglied die sich aus der Satzung der Partei ergebenden Pflichten verletzt hat. Diese Pflichten bestehen der Partei also solcher, ihren Gliederungen und allen ihren Mitgliedern gegenüber als einheitliche Pflichten. Ihre Verletzung ist ein und dieselbe, gleich, ob sie aus der Sicht der Partei als ganzer, einer oder mehrerer Gliederungen oder eines oder mehrerer anderer Mitglieder betrachtet wird. Die Rechte aus der Mitgliedschaft können auch nicht einem Teil der Partei gegenüber so, einem anderen gegenüber anders bestimmt werden: Es ist - beispielsweise - ausgeschlossen, dass der Antragsgegnerin "dem Bezirk gegenüber" eine Rüge erteilt wird, dem "Ortsverein gegenüber" Rechte aus der Mitgliedschaft aberkannt werden und gar einer dritten Gliederung gegenüber ein Ausschluss erfolgen kann. Wegen eines bestimmten parteischädigenden Verhaltens kann durch die dazu berufenen Schiedsorgane einer Partei folglich nur auf eine bestimmte Rechtsfolge erkannt werden.

Das hat verfahrensrechtliche Konsequenzen. Da die Antragsbefugnis in einem Parteiordnungsverfahren verschiedenen Gliederungen zusteht, ist es zwingend, mehrere Anträge miteinander zu verbinden und sie gemeinsam zu verhandeln. Denn wie in den Fällen der so genannten notwendigen Streitgenossenschaft im Zivilprozessrecht (§ 62 ZPO) kann das

streitige Rechtsverhältnis, die disziplinarische Regelung der Mitgliedschaft, nur allen Gliederungen der Partei gegenüber einheitlich festgestellt werden. Das ergibt sich letztlich auch aus § 9 Abs. 1 b und c SchiedsO, der davon ausgeht, dass an einem Parteiordnungsverfahren die Mitglieder des Vorstands "einer" einen Antrag stellenden oder beigetretenen Gliederung zu beteiligen sind. Gemeint sind damit notwendigerweise "alle" Gliederungen, die einen Antrag auf Durchführung eines Parteiordnungsverfahrens gestellt haben.

Wird eine solche "Beteiligung" unterlassen, erwächst allerdings die auf einen einzelnen Antrag hin ausgesprochene Rechtsfolge nicht - wie die Schiedskommission des Bezirks ... im Ergebnis zutreffend erkannt hat - in Rechtskraft, sondern sie bleibt anfechtbar bis alle weiteren Anträge auf Durchführung eines Parteiordnungsverfahrens rechtskräftig - gegebenenfalls nach Verwirkung von Rechtsmittelbefugnissen - beschieden sind. Wird zunächst - was verfahrensrechtlich allerdings fehlerhaft ist - nur auf einen Antrag hin verhandelt und entschieden, so kann eine andere gleichfalls einen entsprechenden Antrag stellende Gliederung nunmehr eine Entscheidung ihres Antrags verlangen. Die Schiedskommission, die über den ersten Antrag bereits entschieden hat, ist dann allerdings an den Inhalt ihrer Entscheidung - entsprechend § 318 ZPO - gebunden und kann weder für noch gegen den Antragsgegner abweichend befinden. Sie kann allerdings diesen Antrag auch nicht zurückweisen. Die als Berufungsinstanz zuständige Schiedskommission ist dann gehalten, die verschiedenen Parteiordnungsverfahren spätestens jetzt miteinander zu verbinden. Zu ihrer Disposition steht folglich auch die weder von dem ersten Antragsteller noch von dem Antragsgegner angegriffene "erste" Entscheidung.

Über das Verhalten der Antragsgegnerin ist folglich noch nicht - mit dem Ausspruch einer Rüge - abschließend entschieden.

2.

Allerdings dürfen die gleichgerichtete Anträge auf Durchführung eines Parteiordnungsverfahrens stellenden Gliederungen der Partei eine den Antrag stellende Gliederung auch mit der Führung des Verfahrens beauftragen oder sie ihr überlassen. Das hat zwar eine Verständigung der Inhaber von Antragsbefugnissen zur Voraussetzung, zugleich aber zur Folge, dass die Entscheidung auch die nicht förmlich an einer mündlichen Verhandlung Beteiligten bindet. Eine solche Übertragung der Führung eines Verfahrens - die

einer dem staatlichen Prozessrecht bekannten Verfahrensstandschaft ähnelt - kann auch stillschweigend erfolgen. Eine solche stillschweigende Übertragung der Führung des Parteiordnungsverfahrens gegen die Antragsgegnerin auf den Bezirk ... durch die weiteren den Antrag stellenden Gliederungen mit Ausnahme des Antragstellers zu 1. ist - soweit der Antrag nicht zurückgenommen oder aus formellen Gründen zurückgewiesen worden ist - dadurch erfolgt, dass sie nach der Verständigung des Antragstellers zu 2. und der Antragsgegnerin auf eine Erledigung des Parteiordnungsverfahrens durch eine Rüge ihre Anträge, - auf dieser Grundlage - für erledigt erklärt haben. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass sie das Vorgehen des Bezirks und den so erreichten vermeintlichen Abschluss des Verfahrens gebilligt haben. Der Bezirk ... nimmt daher in dem in Wirklichkeit noch nicht abgeschlossenen Parteiordnungsverfahren die Verfahrensrechte der verbleibenden Ortsvereine mit Ausnahme des Antragstellers zu 1. wahr.

3.

Die Antragsgegnerin ist nach § 35 Abs. 2 Nr. 1 OrgStatut wegen Verstoßes gegen die Grundsätze der Partei, nämlich das Gebot der innerparteilichen Solidarität, eine Rüge zu erteilen.

Innerparteiliche Solidarität bedeutet, dass die Mitglieder der SPD - und in besonderem Maße die Trägerinnen und Träger von Funktionen der Partei - sich in politischer Verbundenheit gegenseitig achten, helfen und Rücksicht aufeinander nehmen. Dagegen hat die Antragsgegnerin durch ihr Verhalten verstoßen, das letztendlich zu der Pressekonferenz vom 3. November 2008 und der Mitteilung ihrer Absicht, die Kandidatin der SPD für das Amt der Ministerpräsidentin von ... nicht zu wählen, geführt hat.

a.

Die Antragsgegnerin kann sich zur Rechtfertigung ihres Verhaltens nicht auf Art. 77 der Verfassung von ... berufen. Zwar verbürgt Art. 77 der Verfassung von ... nicht nur seinem Wortlaut nach, dass die Abgeordneten des Landtags von ... "Vertreter des ganzen Volkes " sind, sondern damit zugleich alle ihre Statusrechte, die Teil des freien Mandats sind (HessStGH NJW 1977, 2065). Zu ihnen gehört auch, dass eine Abgeordnete des Landtags von ... unabhängig und frei und ohne Bindung an die Beschlüsse der politischen Partei, der sie angehört, ihr Stimmrecht ausüben darf. Das freie Mandat verbürgt gleichfalls, dass eine Abgeordnete, die als Vertreterin des ganzen Volkes diesem gegenüber auch verantwortlich ist,

ihre Entscheidungen und die Gründe dafür öffentlich darstellen darf.

Ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen an die konkrete Wahrnehmung eines staatlichen Mandats parteirechtliche Konsequenzen geknüpft werden dürfen, ist indessen eine andere Frage (vgl. hierzu allgemein Kohl, Zum Spannungsfeld zwischen Mandatswahrnehmung und Parteimitgliedschaft in der neueren Rechtsprechung der Bundesschiedskommission der SPD, in: Festschrift zum 75. Geburtstag von Claus Arndt, 2002, S. 123), deren Beantwortung jedoch vorliegend dahinstehen kann. Denn die Verletzung der Grundsätze der Partei besteht nicht darin, dass die Antragsgegnerin sich gegen eine von der Partei ... tolerierte Regierungsbildung durch die SPD und gegen eine auf einer solchen Grundlage erfolgende Wahl einer Ministerpräsidentin ausgesprochen hat - die zuständigen Gliederungen der SPD in ... haben deshalb zu Recht kein Parteiordnungsverfahren gegen die Abgeordnete ... eingeleitet -, sondern darin, dass sie diese Absicht bis zum 3. November 2008 verschwiegen und durch ihr vorheriges Abstimmungsverhalten in innerparteilichen Diskussionen nicht nur bei den zuständigen Gremien und Repräsentanten der SPD in ... sondern auch in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt hat, sie trage diese politische Planung mit.

Allerdings verstößt nicht schon das Mitglied der Partei gegen den Grundsatz der innerparteilichen Solidarität, das eine zunächst eingenommene politische Haltung im Laufe innerparteilicher Erörterungen ändert und dann mehrheitlich gefassten Entschlüssen, die es zunächst mitgetragen hat, die Grundlage entzieht.

Das ist indessen anders, wenn das Mitglied der Partei, das für sie als Mitglied eines Parlaments oder als Inhaber anderer herausgehobener Funktionen wirkt, in einer grundsätzlichen, den politischen Weg der Partei prägenden und innerparteilich und öffentlich eingehend diskutierten Angelegenheit seine Haltung zunächst verbirgt, eingeschlagene Wege bekundet mitgehen zu wollen und sodann ohne eine irgendwie erkennbare Veränderung der Grundlagen dieses Vorgehens unvermittelt und ohne vorherige Information der die politische Linie der Partei nach außen vertretenden Personen öffentlich kund gibt, nunmehr die Entscheidungen nicht mehr mit zu tragen.

Damit bricht dieses Mitglied, von dem als Träger eines Mandats oder einer Funktion ein besonderes Verantwortungsbewusstsein erwartet wird, das in es gesetzte Vertrauen,

missachtet alles, was auf dessen Grundlage politisch ins Werk gesetzt worden und mit dem Namen der Repräsentantinnen und Repräsentanten der Partei und dem ihnen in der Öffentlichkeit zukommenden Ansehen verbunden ist, und bringt ihre Arbeit ohne Rücksicht zu nehmen in die Gefahr des Scheiterns.

Genau dies ist der Antragsgegnerin vorzuhalten. Bis zu der Pressekonferenz vom 3. November 2008 hat sie der Öffentlichkeit gegenüber, vor allem aber den für die SPD in ... über eine Regierungsbildung verhandelnden Funktionsträgern gegenüber, den Eindruck erweckt, die Absicht, eine von der Partei ... geduldete Minderheitsregierung mit tragen und die Kandidatin der SPD mit wählen zu wollen, obwohl sie nach eigenem Bekunden schon im Sommer 2008 anderer Meinung war und andere Absichten hatte. Damit hat sie andere Mitglieder der SPD objektiv getäuscht und deren Arbeit in einer für die Partei kritischen politischen Lage entwertet. Zugleich hat sie einen enormen Aufwand an Zeit, Kraft und Engagement nicht nur in der eigenen Partei, sondern auch bei Verhandlungspartnern gegenstandslos werden lassen und mit dem Ergebnis ihres Verhaltens die Partei der Håme des politischen Gegners ausgesetzt. Das lässt es an solidarischem, rücksichtsvollen und die Arbeit anderer Funktionstråger würdigenden Verhalten grundlegend fehlen.

b.

Als Ordnungsmaßnahmen genügt indessen - noch - eine Rüge.

Bei der Abwågung, welche Ordnungsmaßnahme dieser Verletzung des Grundsatzes der innerparteilichen Solidarität angemessen ist, muss zulasten der Antragsgegnerin bedacht werden, dass sie in einer für die Regierungsfåhigkeit der SPD in ... zentralen Frage die für die Partei handelnden Verantwortlichen über viele Monate hinweg objektiv getåuscht und im Unklaren über ihre wahren Absichten gelassen hat und erst unmittelbar vor der maßgeblichen politischen Entscheidung öffentlichkeitswirksam und ohne vorherige Warnung derjenigen, die auf sie vertraut haben, das bis dahin auch von ihrer Stimme getragene politische Projekt zum Scheitern gebracht hat. Das wiegt schwer.

Demgegenüber kann allerdings nicht verkannt werden, dass es manchen Mitgliedern und Trägerinnen und Trågern von Funktionen der SPD in ... nicht leicht gefallen ist, die sich aus den Wahlen zum 17. Landtag von ... ergebenden politischen Folgerungen - wie immer sie zu betrachten waren, eine Tolerierung einer Regierungsbildung durch die Partei ... war nicht die

einzigste ohne Neuwahlen denkbare, von den Vorhaben im Wahlkampf abweichende Alternative - alsbald und unschwer zu akzeptieren und der Wählerschaft zu erklären. Hinzu kam, dass in der Situation der innerparteilichen Meinungsbildung und ihrer öffentlichen Darstellung erheblicher Druck gerade auch auf einzelne Mandatsträgerinnen und Mandatsträger entstand.

Einer solchen Situation nicht in jeder Hinsicht gewachsen zu sein, entspricht zwar nicht den Erwartungen an eine gewählte Abgeordnete, wohl aber der immer wieder zu beobachtenden Wirklichkeit. Wenn sich in einem solchen Fall ein Mitglied der Partei unsicher verhält und sich nicht zutraut, seine Haltung von Anfang an zu offenbaren - wie dies die Abgeordnete ... getan hat -, beseitigt das den Vorwurf nicht, kann aber sein Gewicht mildern.

Es kommt für die Abwägung hinzu, dass die Antragsgegnerin und der Antragsteller zu 2. - in offener Übereinstimmung mit zahlreichen anderen Gliederungen der Partei - es nach Verstreichen einer gewissen Zeit akzeptiert haben, im politischen Interesse der SPD den Konflikt mit einer Rüge abzuschließen. Damit haben die Beteiligten - vom Antragsteller zu 1. abgesehen - die politischen Folgen des Verhaltens der Antragsgegnerin für die SPD und die politischen Folgen der parteiordnungsrechtlichen Auseinandersetzungen um dieses Verhalten eigenständig bewertet und sich auf eine bestimmte Sanktion, die aus der Sicht der Bundesschiedskommission zwar milde aber nicht unvertretbar erscheint, verständigt. Sie durften dabei das glaubhafte Interesse der Antragsgegnerin an einer weiteren Mitarbeit in der SPD, ihre langjährige Mitgliedschaft und die Ergebnisse der beiden anderen Parteiordnungsverfahren gegen eine Teilnehmerin und einen Teilnehmer der Pressekonferenz vom 3. November 2008 würdigen. Da diese rechtskräftig abgeschlossen sind und das Sanktionsmaß auch Gesichtspunkte der Gleichbehandlung heranziehen darf, erscheint der Abschluss auch dieses Parteiordnungsverfahrens mit einer Rüge als durchaus angemessen.

III.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 31 Abs. 4-6 SchiedsO. Es besteht kein Anlass, der Antragsgegnerin die ihr entstandenen notwendigen Auslagen zu erstatten.

Hannelore Kohl